

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3061) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 8. Oktober
1902.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunabel), Stuttgart, Blumenstraße 84, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwachsstraße 12.

Inhalts-Verzeichniß. Der Parteitag zu München. — Zur Lage der Arbeiterinnen der Pinselindustrie in Nürnberg. Von L. Stein. — An Alle, die es angeht. — Bericht der Vertrauensperson. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Ein Kind. Von Paul Bröder. — Rotizentheil: Weibliche Fabrikinspektoren. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Dienstoffenerfrage.

Arbeiterinnen und Arbeiter der Bürsten- und Pinselindustrie! Die Nummer enthält einen Artikel über die Lage der Pinselarbeiterinnen in Nürnberg, der Eurer besonderen Beachtung empfohlen sei.

Der Parteitag zu München.

Der Münchener Parteitag hat bestens gehalten, was die Kämpfer für die Befreiung des Proletariats von ihm erwarteten. Das ist das frohe, erhebende Bewußtsein, in welchem die Sozialdemokratie auf seine Verathungen und Entscheidungen zurückblicken kann. Der Parteitag hat nicht bloß gewissenhafte und fleißige, er hat gute, tüchtige Arbeit geleistet, Arbeit, die jenen Doppelcharakter trägt, welcher das Sein und Thun der deutschen Sozialdemokratie in so hohem Maße auszeichnet. Und das ist es, was sie so thurmhoch über das Werk der Tagungen bürgerlicher Politiker emporhebt: die Verbindung von praktischer, positiver Kleinarbeit im Dienste der proletarischen Gegenwartsinteressen mit dem klaren, grundsätzlichen Erfassen des historischen Entwicklungsganges seiner großen Gesichtspunkte und seiner weitreichenden Aufgaben; die Verbindung von kühler, nüchternen Erwägung der tatsächlichen Bedingungen für Arbeit und Kampf mit dem begeistertsten Blick auf das geschichtlich bedingte Endziel und der flammenden Siegeszuversicht. Mag in den einzelnen Arbeiten des Parteitags, mag in der Stellungnahme einzelner Persönlichkeiten bald der eine, bald der andere Zug stärker hervorgetreten sein, ganz gleich. Beide fügten sich immer wieder in innerer, organischer Zusammengehörigkeit zum Ganzen aneinander. Einheitslich und geschlossen hat sich die Sozialdemokratie in München zur unscheinbaren aber unentbehrlichen und bedeutsamen Tagesarbeit gerüstet, wie zu den großen Kämpfen, deren Tragweite sich auch dem stumpfsten Verständnis aufdrängt.

Einheitslich und geschlossen! Soll damit etwa gesagt sein, daß in München Gegensätze fehlten, und daß nicht hier und da die Polemik und Kritik scharfe Pfeile hinüber und herüber schoß? Keineswegs. Die Sozialdemokratie wäre nicht die sie ist, wenn dem anders gewesen: die Partei des jugendfrischen proletarischen Klassenlebens, das immer neue und schwierigere Arbeitsgebiete ergreift und immer zahlreichere, darunter auch nichtproletarische Elemente mit sich fortreißt; die Partei der leidenschaftlichen Ueberzeugungstreue von der geschichtlichen Wahrheit des Sozialismus. Aber weil sie das ist, so erwies sich auch das Gemeinsame als stärker wie die bekundeten Gegensätze, und das Bewußtsein von der Kampfesgenossenschaft für das eine große Ziel als ausschlaggebender wie der Streit um Einzelfragen. Nicht einmal die bürgerlich liberale Presse wagt es, ihrer sonstigen berufsgemäßen Gepflogenheit nach, aus den Münchener Verhandlungen den Zerfall der Sozialdemokratie zu prophezeien. Und der truppenlose Führer der gut kaiserlichen Demokratie, Pfarrer Naumann, ist vom Klepper der Hoffnung von einer theoretischen Revision des revolutionären Sozialismus zum frumben Nationalsozialismus auf den Köter des Traumes gekommen, die Revision könne sich ohne Theorie durch Hintertürchen in die Sozialdemokratie einschleichen und diese von innen heraus still korrumpiren.

Es war nicht, wie es den Anschein gehabt, die Frage der bayerischen Wahlrechtsreform, welche die gegensätzlichen Auffassungen in der Partei zum Auseinanderplagen brachte. Diese Frage ist — und wir bedauern das durchaus nicht — außerhalb der Erörterungen des Parteitags geblieben. Sicherlich nicht daher, weil das Münchener Milieu die eines Besseren belehrt hätte, welche die Haltung unserer bayerischen Landtagsfraktion in der Sache für eine unrichtige hielten. Sie hatten ihre Auffassung nicht aus den Fingern gezogen, sondern auf Grund eingehender Beschäftigung mit den bayerischen Verhältnissen gewonnen. Aber eine Auseinandersetzung über den Fall konnte auf dem Parteitag unterbleiben. Was von der einen und anderen Seite zu ihm Erhebliches gesagt werden konnte, das war in der Presse bereits gesagt worden. Daß die Mehrheit der Genossen die Zustimmung der bayerischen Landtagsfraktion zu der Wahlrechtsresolution nicht billigte, stand außer Zweifel. Allein dieser Thatsache durch eine Resolution einen formellen Ausdruck zu geben, die für die bayerischen Genossen einen bitteren Beigeschmack haben mußte, das widerrieth mehr als ein triftiger Grund. Ob die Haltung der bayerischen Landtagsfraktion einen taktischen Rechenfehler bedeutet oder nicht, darüber wird der Erfolg entscheiden. Was aber die grundsätzliche Seite der Frage anbelangt — die Ueberschätzung der parlamentarischen Thätigkeit der Partei und die ungenügende Berücksichtigung ihrer außerparlamentarischen politischen Aktion — so begegnen wir ihr auch in der Haltung der Gesamt-partei der und jener Frage gegenüber. So wünschenswerth uns eine klärende Erörterung des vorliegenden Problems erscheint, so wenig dünkt uns jetzt die Situation dafür geeignet. Schließlich und nicht zum Mindesten war es auch die Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl, die zum Unterlassen einer Auseinandersetzung stimmte, die nicht unabweisbar nöthig, dafür aber geeignet war, die Kampfesfreudigkeit eines Theils unserer Genossen zu vermindern.

Die sogenannte „Zeitschriftendebatte“ brachte den Zusammenprall der Gegensätze, welche die Partei umschließt. Es ist bezeichnend, daß diese Debatte durch „Praktiker“ und nicht durch „Theoretiker“ aufgerollt ward; daß ihr Ausgangspunkt das Defizit der „Neuen Zeit“ und keine Doktrin war, daß sie in der Hauptsache der Geschäftskonkurrenz zwischen dem genannten offiziellen Organ der Partei und den „Sozialistischen Monatsheften“ galt. Nichts ist deshalb unbegründeter als das Gefasel bürgerlicher Blätter, daß die heißen Erörterungen einen Kampf um die Meinungsfreiheit darstellen, die durch die Träger des „alten Dogmas“ vernichtet werden sollte. Was in weiten Kreisen der Genossen Entrüstung gegen die „Sozialistischen Monatshefte“ erregt hatte, war nicht die von ihnen vertretene revisionistische Tendenz, sondern die auf die Spitze getriebene geschäftliche Schmutzkonkurrenz, deren sich ein Kaufmann schämen würde, der auf leidliche Reputation hält. Was erbitterte, war weiter der Umstand, daß hervorragende

Parteiführer diese Schmuckkonkurrenz, wenn auch sicherlich unabsichtlich, so doch sehr wirksam durch ihre ständige Mitarbeiterschaft an den „Sozialistischen Monatsheften“ und ihren „Boykott“ der „Neuen Zeit“ förderten. Allein wie die Dinge gelegen sind, konnte die angeschnittene Frage nicht erörtert werden, ohne daß auch die Redaktionsführung und die Tendenz der beiden Zeitschriften in den Kreis der Polemik gezogen wurden. Und so schwingen in ihr Saiten der Auseinandersetzung mit, welche vor Allem auf den Parteitag zu Hannover und Lübeck voll angeschlagen worden sind, und die auch in Zukunft unstreitig wieder erklingen werden. Gewiß, daß den einschlägigen Debatten mancher unerquickliche Zug anhaftet. Trotzdem glauben wir, daß sie im Ganzen klärend und die Parteientwicklung fördernd gewirkt haben.

Im Mittelpunkt der übrigen Parteitagsarbeiten standen die nächsten „Reichstagswahlen“. Bebel's markiges, von echter Kampfesleidenschaft durchglühendes Referat dazu gab ein scharf-umrissenes Bild der Situation und der Aufgaben, welche sie für die Sozialdemokratie schafft. Es leitete in würdigster Weise die Wahlkampagne ein und bot zugleich eine wahre Musterleistung einer politisch erziehenden, agitatorisch wirksamen Wahlrede, die manchem Kämpen ein leuchtendes Vorbild sein wird. Als beachtliches Moment der Debatten sei die vorzügliche Präzisierung unserer Stellung zur Religion hervorgehoben, durch welche Genosse v. Vollmar die freidenkerische Pante eines Delegierten beantwortete. Die Sozialdemokratie tritt gerüstet und gewappnet in den großen Kampf ein, in welchem sie zufolge des Bankrotts des bürgerlichen Liberalismus nicht bloß die proletarischen Klasseninteressen zu verteidigen hat, sondern gleichzeitig die Interessen der erdrückenden Mehrheit der Nation, sowie wichtigste Bedingungen für die normale Fortentwicklung des wirtschaftlichen und politischen nationalen Lebens.

Mollenbührs meisterliches Referat über „Arbeiterversicherung“ und Lindemanns sachkundiger, tiefgreifender Vortrag über „Kommunalpolitik“ haben große Richtungslinien für die positive Arbeit der Partei auf ungemein wichtigen sozialen Gebieten gezeichnet und eine Fülle werthvoller Anregungen zum Studium der einschlägigen Materien und zu ihrer Klärung gebracht. Daß die Erörterungen den Inhalt der vielseitigen und schwierigen Fragen vollständig ausschöpften, war von vornherein ausgeschlossen. Mit und ohne Parteitagsbeschluss werden die aufgerollten Probleme deshalb das Klassenbewusste Proletariat weiter beschäftigen.

Für besonders bedeutsam und erfreulich erachten wir die eingehende Diskussion, welche um den weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, insbesondere aber um den Achtstundentag kreiste. Was der Parteitag in dieser Frage beschloss, ist unseres Erachtens nur von formeller und nebensächlicher Bedeutung. Sachlich weit wichtiger und ausschlaggebender ist das bekundete entschiedene Drängen aus der Partei heraus nach einem kräftigen Vorstoß für die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, für eine gründliche Sozialreform, deren A und O der Achtstundentag ist.

In diesem Drängen nach einem machtvollen, planmäßigen Vorstoß tritt uns ein Anzeichen mehr jener zielklaren Kampfesenergie des Proletariats entgegen, welche sich in grundsätzlicher, unveröhnlicher Gegnerschaft zu der bürgerlichen Gesellschaft weiß, eine zielklare Kampfesenergie, die dem Münchener Parteitag sein Gepräge gab. Die Entwicklung der Verhältnisse hat mehr als alles andere dazu gethan, jene Zweifel und Bedenken ihres Reizes zu entkleiden, welche spiritistische Philosophie im luftleeren Raume von Schreibtischabstraktionen über Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Bewegung ausgeflügelt hatte. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei, welche in München zu Tage trat, ist nicht das Resultat eines Abschwenkens nach rechts, eines schwächlichen Friedens mit der bürgerlichen Ordnung. Sie ist der Ausdruck der Tatsache, daß die Sozialdemokratie ihrem alten Ziele auf den bisherigen, geschichtlich gewiesenen Bahnen zuschreitet.

Zur Lage der Arbeiterinnen der Pinselindustrie in Nürnberg.

Daß Nürnberg der Sitz einer blühenden Pinselindustrie ist, dürfte weltbekannt sein. Viele wissen sicherlich auch, daß in der Nürnberger Pinselindustrie zahlreiche Arbeiterinnen ihr Brot suchen. Und wenn

die Lebensbedingungen der lohnarbeitenden Frauen und Mädchen im Allgemeinen nicht fremd sind, der wird im Klaren darüber sein, daß auch die vielen Hunderte Nürnberger Pinselarbeiterinnen ihr Brot unter hartem Mühen und Plagen erarbeiten, unter schweren Sorgen und schmerzlichen Entbehrungen essen müssen. Aber nur die Wenigsten können auf Grund von Zahlen ganz genau sagen, wie niedrig der Verdienst der Arbeiterinnen in der Nürnberger Pinselindustrie ist; in welcher schreiendem Mißverhältnis die geforderte Arbeitsleistung zu dem gezahlten Arbeitslohn steht; wie erdrückend deshalb das Notgepäck ist, das die betreffenden Frauen und Mädchen schleppen müssen, wenn ihnen nicht noch die Familie etwas Beistand zu gewähren vermag. Und wie selten, wie sehr selten ist das Letztere der Fall! Ist es doch meist die Armuth oder gar das bitterste Elend in der Familie, das die Frau, das junge Mädchen zur Erwerbsarbeit treibt, in Nürnberg und der Pinselindustrie so gut wie in anderen Orten und Gewerben.

Es ist bedauerlich, daß in Nürnberg, dem Hauptsitz der Pinselindustrie der ganzen Welt, nicht einmal die in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen über die Einkommensverhältnisse und die Lebenslage ihrer Arbeitsschwester vollständig im Klaren sind. Und auch der Organisation, welche treu und eifrig ihre Interessen vertritt und ihnen bessere Arbeitsbedingungen zu erringen strebt, dem Holzarbeiterverband, ist es bis jetzt nicht gelungen, genaue und vollständige Feststellungen darüber zu erhalten. Der Umstand ist nicht allzu verwunderlich. Eine Statistik über die Lohnverhältnisse der Pinselarbeiterinnen, die einigermaßen Anspruch auf Richtigkeit machen könnte, ist ohne Mitwirkung der Unternehmer nicht gut durchführbar. Diese Herren hüten sich aber wohlweislich, hierzu die Hand zu bieten. Alle Versuche zu statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pinselindustrie sind denn auch fehlgeschlagen. Recht viele Pinselarbeiter scheuen sich, schriftlich oder mündlich durch genaue Angaben das Elend ihrer Lage zu enthüllen. Und von den Pinselarbeiterinnen gilt das erst recht. Was ein unverschuldetes Verhängnis ist — die Niedrigkeit ihrer Entlohnung — das halten sie für einen Makel, für eine Schmach, die es verbergen heißt. Vielfach schämen sie sich, daß sie mit wahren Hungerlöhnen abgespeist werden und lügen auf Befragen in ihre Taschen, indem sie einen Verdienst angeben, der in Wahrheit nicht erzielt wird. Das kann um so leichter geschehen, als ihre Angaben von einzelnen Personen nicht kontrolliert werden können. Die Arbeiterinnen werden nämlich ausschließlich im Akkord beschäftigt, und die Löhne unterliegen je nach der zu vergebenden Arbeit häufigen Schwankungen, bald steigen sie, bald fallen sie.

Trotz allem steht außer Zweifel, daß die weitaus meisten Nürnberger Pinselarbeiterinnen einen erbärmlichen Verdienst und recht erbärmliche Lebensbedingungen haben. Nur in einzelnen Sparten der Haarpinselbranche werden halbwegs anständige Löhne gezahlt, doch ist dafür hier die Staubentwicklung eine hochgradige, die Gesundheit bedrohende. Zieht man diesen Umstand in Betracht und die daraus folgernde Nothwendigkeit, daß entsprechend mehr für bessere Ernährung und Pflege verausgabt werden müßte, so sind auch die verhältnismäßig günstiger gestellten Pinselarbeiterinnen in Wirklichkeit kaum besser daran, als ihre schlechter entlohten Kolleginnen. Was diese Letzteren anbetrifft, das heißt die große Mehrzahl der Pinselarbeiterinnen, so steht ihr Verdienst in keinem Verhältnis zu ihrer sehr intensiven, anstrengenden und aufreibenden Arbeitsleistung. Ganz besonders niedrig entlohnt werden junge Mädchen, die ihre Lehrzeit beendet haben und auf die Fabrik angewiesen sind, sie werden mit wahren Bettelpennungen abgefunden.

Welche triftigen Gründe die Pinselarbeiterinnen haben, mit ihrer Entlohnung unzufrieden zu sein und nach auskömmlicherem Verdienst zu streben, wird recht klar, wenn man zweierlei bedenkt. Zunächst, daß ihre Arbeit sehr viel Geschicklichkeit, ja zum Theil die äußerste Fingerfertigkeit oder aber auch beträchtlichen körperlichen Kraftaufwand erfordert, und daß sie obendrein mit gesundheitlichen Gefahren verbunden ist. Es sei in letzterer Hinsicht an die große Staubentwicklung erinnert, welche in manchen Sparten der Pinselindustrie die Athmungsorgane schwer schädigt, vor Allem aber an die noch immer nicht ganz beseitigte furchtbare Gefahr der Milzbrandkrankung, wengleich anerkannt werden kann, daß durch die bundesrätlichen Vorschriften zu ihrer Bekämpfung der unheimlichen Seuche wesentlich vorgebeugt worden ist. Dann aber vergesse man nicht, daß die Arbeit die Grundlage der Existenz der Lohnsklavin ist. Niedriger Verdienst bedeutet schlechte und ungenügende Ernährung, armselige Wohnung bedeutet Verzicht auf Bildungsmittel und edlen Lebensgenuss, bedeutet Darben und Sorgen. Die Nürnberger Pinselarbeiterinnen wissen das aus bitterer Erfahrung.

So dürftig ist vielfach der Verdienst der Frauen und Mädchen, daß er sogar als Zuschuß zu dem Einkommen des Mannes oder der Eltern noch nicht hinreichend ist, um bei mäßigen Ansprüchen die

Existenz zu sichern. Da gebietet denn die Noth nach weiterem Erwerb auszuweichen und ihm vor Beginn der Fabrikarbeit und nach Feierabend die spärlichen Ruhestunden zu opfern, welche der Mutter, der Tochter und Schwester nach gethaner häuslicher Pflicht noch bleiben. Das wissen die Unternehmer der Pinselindustrie, und zumal in Zeiten stottern Geschäftsganges begünstigen und fordern sie die Heimarbeit. Weibliche wie männliche Beschäftigte erhalten Arbeit mit nach Hause, die die ärmlichen Einnahmen etwas vergrößert. Freilich um welchen Preis! Da muß der gerade den Frauen so nöthigen Ruhe und Erholung abgezwaht werden, den Haushaltungsarbeiten, der Pflege der Kinder, den Bildungsbestrebungen etc. Da wird vor Allem die Gesundheit den schwersten Schädigungen ausgesetzt. Dem ermatteten Körper wird die Ruhe entzogen, deren er nach 9 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeit in der Fabrik, in staubgeschwängelter Luft, bei äußerster Anspannung von Muskeln und Nerven so dringend bedürfte. Und die Ueberzeitarbeit geht außerdem in der engen, oft miserablen Wohnung vor sich, wo die sanitären Vorschriften, die für den Fabrikbetrieb gelten, nicht existieren, nicht beobachtet werden können. Das aber in der Bürsten- und Pinselindustrie, wo die Ansteckungsgefahr mit dem Milzbrandgifte eine so große ist! Doch von der besonderen und höchsten Berufsgefahr abgesehen, ist die Heimarbeit in der Pinselindustrie unter den kurz angeedeuteten Umständen schon hinreichend, die Jugend und Frische der Arbeiterinnen schnell schon hinreichend, ihre Gesundheit zu untergraben, ihren Willen zu schwächen und zu lähmen. Leider ist es dem Einfluß der Organisation bis jetzt noch nicht gelungen, die so verderbliche Heimarbeit wirksam zu bekämpfen. Der Bundesrath hat sich der bedrohlichen Ansteckungsgefahr mit dem Milzbrandgift ungeachtet nicht dazu entschließen können, sie zu verbieten. Ueber die Schädlichkeit derselben Die aufzuklären, die unter ihr schwer zu leiden haben, ist deshalb dringend nöthig, wenn die Lage der Pinselarbeiterinnen ernstlich verbessert werden soll.

Noch auf einen Mißstand bei den Arbeitsbedingungen der Pinselarbeiterinnen muß besonders hingewiesen werden. Das sind die kleinen Chikanen, die ungerechtfertigten Lohnabzüge, welche alle Arbeiter des Gewerbes, ganz besonders aber die weiblichen treffen. Sie sind zumal in der Zeit der Krise herabgeregnet, wo sich Arbeiterinnen und Arbeiter aus Furcht vor dem Verlust des kärglichen Brotes manches bieten lassen, was sie bei gutem Geschäftsgang abwehren können. In einer Nürnberger Pinselfabrik speziell wurde das Arbeitspersonal durch Chikanen, Lohnabzüge, veränderte Berechnungen etc. geradezu in ständiger Aufregung, Unruhe und Unsicherheit gehalten und beinahe wäre es deshalb zum Streik gekommen.

Der Stand der Bürsten- und Pinselindustrie rechtfertigt das ebenso wenig, wie er die niedrigen Löhne und die Ausnützung der Heimarbeit rechtfertigt. Die Abrechnungen verschiedener Unternehmer und Aktiengesellschaften der Branche beweisen, daß sehr gut auskömmliche Löhne gezahlt, bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden könnten, ohne daß die Industrie darunter Noth leiden und der neunmal heilige Profit der Fabrikanten und Aktionäre so tief sinken würde, daß die Herren in ihren alten Tagen auf die berühmte Altersrente von noch nicht 40 Pf. täglich angewiesen wären. Sogar die Krise, unter welcher letztes Jahr in Nürnberg die Pinselarbeiterinnen empfindlich gelitten haben, ist an den Pinselindustriellen so gut wie spurlos vorüber gegangen. Die Wenigsten von ihnen haben eine Einbuße an Geschäftsgewinn zu verzeichnen.

Wenn trotz der kurz geschilderten Verhältnisse die Nürnberger Pinselfabriken immer wieder genügend weibliche Arbeitskräfte bekommen, so erklärt sich das sehr einfach. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in anderen Industrien sind im Allgemeinen gleich schlecht. Wo immer das todte Kapital die Arbeit des lebendigen Menschen ausbeutet, da unterwirft es auch die lohnarbeitenden Frauen und Mädchen besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen, um seinen Profit hunger stillen zu können. Wahrhaftig, das sogenannte „schwache Geschlecht“ muß recht stark sein, damit es in der Fabrik und bei der Heimarbeit den gestellten Anforderungen entspricht und nicht in kürzester Frist unter dem Druck harter Frohn und zehrender Sorge zusammenbricht. Es ist ein Verdammungsurtheil mehr für die heutige Gesellschaftsordnung, daß diese die proletarischen Frauen und Mädchen einer gemeingefährlichen Auswucherung ihrer Kräfte überliefert, ohne Rücksicht auf ihre eigene Gesundheit und die ihrer Kinder, ohne Rücksicht auf Familienpflichten und Bildungssehnsucht, auf Lebensfreude und Lebensglück!

Die Frage, wie viel Hunderte von Arbeiterinnen in der Nürnberger Pinselindustrie beschäftigt werden, kann leider nicht beantwortet werden, da es an einer einschlägigen Statistik fehlt. So viel sieht indessen fest, daß ihre Zahl die der Arbeiter weit, weit überflügelt hat. Noch vor zwölf Jahren war das Verhältniß ein umgekehrtes. Seither hat es aber das Unternehmertum meisterhaft verstanden,

die Fortschritte der Technik auch dazu auszunutzen, immer mehr weibliche Arbeitskräfte zu verwenden und einen Stamm geübter Arbeiterinnen heranzuziehen. Frauen und Mädchen wurden in steigender Zahl nicht bloß neben den Männern eingestellt, sie verdrängten vielmehr dieselben immer mehr. Rücksichtslos sind seit den neunziger Jahren die Arbeiter auf die Straße geslogen, und heute giebt es in Nürnberg kaum eine Maschinenfabrik, in der nicht gelernte Pinselmacher und Borstenzurichter als Tagelöhner beschäftigt werden. An ihre Stelle sind billigere und süßsamere Arbeiterinnen getreten.

So haben die Arbeiterinnen wie die Arbeiter der Pinselindustrie ein zwingendes Interesse daran, daß die Ersteren ebenso wie die Letzteren über ihre kulturwürdigen Arbeits- und Lebensverhältnisse belehrt, daß sie der Gewerkschaft zugeführt werden, welche sie gegen die Profitgier des Unternehmertums schützt und ihnen eine günstigere Existenz erkämpft. Leider verhalten sich in Nürnberg wie in München die Pinselarbeiterinnen noch gleichgültig, verständnislos gegen die Organisation, die ihre Interessen wahrnimmt: die Sektion der Bürsten- und Pinselarbeiter des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Soll das aber immer so bleiben? Mit nichten, denn das hieße für die Pinselarbeiterinnen auf alles verzichten, was das Leben werth macht, gelebt zu werden. Auch sie müssen zu der Erkenntniß erwachen, daß sie weder als Proletarierinnen vom Kapitalisten ausgebeutet und unterjocht, noch vom Manne unterdrückt werden dürfen. Auch sie müssen ihres Rechtes bewußt werden, frei das Haupt zu erheben und erhöhte Ansprüche an das Leben zu stellen, um die Pflichten gegen ihre Familie, ihre Schwestern und Brüder der Arbeit, gegen Staat und Gesellschaft vollkommen erfüllen zu können. Die Pinselarbeiterinnen müssen begehren mehr zu sein, als bloße Arbeitsmaschinen, sie müssen ihr Menschenrecht auf die Befriedigung, Würde und Freude der Arbeit verteidigen, ihr Menschenrecht auf Gesundheit, Bildung und Glück. Deshalb ist es nothwendig, daß sie sich aufklären und organisieren. Die Gewerkschaft giebt ihnen, was ihnen fehlt, um sich gegen die kapitalistische Gewinnsucht schirmen zu können: Wissen und Macht. Arbeiterinnen der Nürnberger Pinselindustrie, legt Eure bisherige Gleichgültigkeit ab. Tretet dem Holzarbeiterverband bei und vergrößert und stärkt damit die Reihen Derer, die auch Euch vortheilhaftere Arbeitsbedingungen und eine freundlichere Existenz erringen wollen. Beweist durch Euer Handeln, daß Ihr Eure Lage begriffen habt, daß Ihr gewillt und im Stande seid, der Euch knechtenden und ausraubenden Macht des Reichthums zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter!

L. Stein-Nürnberg.

An Alle, die es angeht.

Arbeiterin, bist du zufrieden mit deinen Arbeitsbedingungen, deinem Leben? Hand aufs Herz: Nein, du kannst nicht zufrieden sein, ganz gleich, ob du in der Fabrik oder in der Werkstatt schaffst oder aber im Hause bei Heimarbeit dem Verdienst nachgehst.

Dein Arbeitstag ist lang, deine Frohn ist schwer. Ungesund sind recht oft die Räume, in denen du thätig bist und die Bedingungen, unter denen du dich nicht selten bis zur Erschöpfung abplagst. Deine Glieder werden von den Maschinen bedroht, die du bedienst. Gar manche Härte, manche schneidende Ungerechtigkeit, ja manchen brechenden Schimpf seitens deines Herrn oder seiner Vertreter mußt du stillschweigend hinunterwürgen. Und karg ist der Lohn, um dessentwillen du all das erträgst. Karg nicht bloß, nein: allzularg!

Das beweist die Armseligkeit deiner Lebenshaltung, davon erzählen deine Sorgen und Entbehrungen. Ein Hinterstübchen, ein Dachkammerchen, oft nur eine Schlafstelle ist dein Heim, wenn du alleinstehst. Unfreundliche Höfe, dumpfige Souterrains und zugige Dachwohnungen behausen dich und die Deinen, wenn du Familie hast. Dem Vielzweifel an Kraft, das du bei deiner Arbeit verausgaben mußt, steht ein Vielzwenig und Vielzuschlecht der Ernährung gegenüber, die du bezahlen kannst. Ein Tag wie den anderen ist Schmalhans dein Küchenmeister. Zichorienbrühe und Schmalz- oder Margarinebrot, Kartoffeln, Hering, billige Wurst und die Gerichte, mit denen er gewöhnlich deinen Tisch bestelt. Wenn's hoch hergeht, so trägt er dir vielleicht zähes Kuhfleisch oder Pferdebraten auf. Hier und da reicht dein Verdienst nicht einmal für diese Kost! Du weißt, wie trockenes Brot schmeckt, du kennst die schwarzen Tage, wo der nackte Hunger über deine Schwelle tritt.

Und du mußt nicht allein ein Dach über dir und Speise zur Füllung des knurrenden Magens haben. Du bedarfst Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Licht und Heizung, du mußt Versicherungsbeiträge und Steuern zahlen. Tage der Krankheit, Arbeitslosigkeit, anderen Unglücks noch, das dich erwerbsunfähig und brotlos macht, können dich übersallen. Die schwere Arbeits- und Sorgenlast, die du trägst — und das meist schon von zarter Kindheit an — die kärgliche Ernährung und mangelnde Pflege verschleichen bald die Frische, den

Schwung der Jugend, brechen deine Kraft vor der Zeit und überliefern dich siech und schwach dem Alter. Wenn aber dein Erwerb schmaler wird oder aufhört, so kannst du nicht aus wohlgefüllter Sparkasse nehmen. Reicht doch dein Verdienst in den guten Zeiten kaum hin, die Kosten der dürftigen Existenz zu bestreiten!

Dein Leib ist es aber nicht allein, der trotz deiner emsigen, aufreibenden Arbeit Noth leidet. Auch dein Geist, dein Gemüth, deine Sinne darben und hungern. Heiße Sehnsucht nach Wahrheit, Güte, Schönheit, nach Licht und Sonne glüht in deiner Seele. Du verlangst nach Wissen und Bildung, nach einem Antheil an all dem Herrlichen, Erhebenden, das die Natur, das die Kultur beut. Armuth und Zeitmangel wehren dir, dein Begehren zu stillen. Armuth und Zeitmangel wehren dir sogar oft die bescheidene Erholung und Freude, deren du zur Erquickung und Stärkung nach harter Werttagsplage bedürftest.

Und doch lebst du in einer Gesellschaft märchenhaften Reichthums, der auch dein Werk ist. Schau um dich, Arbeiterin! Die Läden und Vorrathshäuser vermögen die Fülle der Waaren kaum zu bergen. In Palästen wohnt Ueberfluß, in Villen spreizt sich unerhörter Luxus. Und die da besitzen und genießen, sind nicht immer solche, die da arbeiten. Du aber, du arbeitest nicht bloß, du frohndest, und mußt doch entbehren und mußt doch sorgen!

Warum? Du gehörst zur großen Familie der Habenichtse. Wenn du leben willst, so mußt du deine Arbeitskraft verkaufen. Von den Früchten deiner Arbeit aber erhältst du in Gestalt des Lohnes nur einen bescheidenen Theil, den Marktpreis der Waare Arbeitskraft. Wie billig ist aber diese Waare im Maschinenzeitalter! Dein "Brot-herr" dagegen säckelt reichen Profit ein, weil ihm die Arbeitsmittel gehören, die ohne die aufgewendete Kraft deiner Muskeln und Nerven doch nur todes Holz, Eisen und Stahl sind.

Tritt zu deinem Herrn und sage ihm: „Ich bin Mensch, Gattin, Mutter. Sieh mir für meine Arbeit genügend, damit ich mit den Meinen menschenwürdig zu leben vermag! Nimm mir nur soviel Zeit und Kraft, daß mir davon noch zur Erfüllung meiner Pflichten in der Familie, in der Gesellschaft, gegen mich selbst übrig bleibt.“ Du lachst ob dieses Rathes, Arbeiterin? Du kennst ja zu gut die Antwort auf dein Ersuchen: ein unerbittliches Nein. Du aber mußt dich fügen. Dein Herr ist reich und kann leben, auch wenn sein Betrieb stille steht. Du aber bist arm und mußt hungern, wenn deine Hände feiern.

Willst du bessere Arbeitsbedingungen und damit eine menschenwürdigere Existenz, so mußt du sie deinem Herrn abzwängen können. Das ist dir nur möglich, wenn du organisiert bist, wenn du dich mit

deinen Berufsgenossinnen und -Genossen in der Gewerkschaft zu Schutz und Trutz wider deinen Herrn, wider das Ausbeutertum zusammenscharrst. Durch die Gewerkschaft wirfst du, die wirthschaftlich Schwache zur Starken. Die Organisation bringt gegen die Geldsacksgewalt das Arbeiterrecht, das Menschenrecht zur Geltung, denn sie stellt hinter die Bedürfnisse und den Willen der einzelnen Widerstandsschwachen und Wehrlosen die Macht einer geschlossenen, einigen Vielheit. Und mit dieser Macht muß auch der prozigste Unternehmer rechnen.

Arbeiterin, was giebt dir die Gewerkschaft, die ihre Macht in den Dienst deiner Interessen stellt?

Sie erkämpft dir kürzere Arbeitszeit, die dir noch dringender Noth thut, als deinem Bruder der Mühe und Sorge. Du fühlst, daß die lang ausgedehnte Frohn deinen Körper noch empfindlicher schädigt, als den des Mannes. Du siehst, daß die Ueberanstrengung deiner Kräfte sich in verderblicher Weise an den Kindern rächt, die du unter deinem gramvollen Herzen trägst. Du hörst die Stimme des Blutes und der Pflicht, die dich in der Häuslichkeit, die dich bei der Pflege und Erziehung der Kinder zu Aufgaben ruft, die dem Vater nicht zu fallen. Du weißt, daß du als junges Mädchen dich für die Erfüllung dieser Aufgaben vorbereiten mußt. Kurze Arbeitszeit ist deshalb für dich ein wahrer Segen.

Die Gewerkschaft zwingt dem profitgierigen Unternehmertum höheren Lohn ab. Welcher Nutzen für dich, Arbeiterin, die du so oft mit Hungerroschen abgespeist wirst! Höherer Lohn, und du hast die Möglichkeit, dich satt zu essen, besser zu wohnen, Mittel für andere als nur leibliche Bedürfnisse zu verwenden, für Bildung und veredelnden Lebensgenuß. Höherer Lohn, und Hunderte deiner Schwestern werden vor dem graufigen Loos bewahrt, von dem Laster das Stück Brot zu erbitten, das fleißige Arbeit ihnen nicht sichert.

Die Gewerkschaft fordert gesunde Arbeitsräume, Maßregeln und Einrichtungen, welche Gesundheit und Leben der Werththätigen schützen. Ganz besonders in deinem Interesse, Arbeiterin, und zu deinem Vortheil! Sagen dir nicht Schmerzen und Beschwerden, vielleicht bittere, unheilbare Leiden, wie schwer dein Körper unter gesundheitschädigenden Einflüssen leidet? Die Gewerkschaft nöthigt dem geldstolzen Unternehmertum Achtung vor dem Menschenthum der Arbeitenden ab. Sie zwingt es, durch die That anzuerkennen, daß auch du, Arbeiterin, mehr bist, als ein Mädchen im laufenden Betriebe des Wirthschaftslebens: ein lebendiges, fühlendes, denkendes, wollendes Wesen. Sie schützt dich gegen Prüffe, Quälereien, Uebervortheilungen und Schimpf. Sie vertheidigt deine Würde als Frau, die so oft durch die Paschagelüste der Herren bedroht ist, welche mit der Arbeitsflavin auch die Lustflavin gekauft zu haben wähen.

Ein Kind.

Skizze von Paul Bröcker.

Nachdruck verboten.

Als er eines Abends auf dem Sofa lag und in der Zeitung studirte — wie es so seine Gewohnheit war — kam sein kleines Töchterchen herbeigetrippelt und bot ihm Hand und Mund zum Gutenachtgruß. Und als er ihr in die lachenden Augen sah und mit der Hand durch die blonden, krausen Haare strich, da stieg jäh eine Erinnerung aus längst vergangener Zeit in ihm auf. Vor ihm erstand ein Bild, das Saiten seiner Seele in Wehmuth und Trauer erklingen ließ — ein Jugenderlebnis. Längst ist es Zeit zum Schlafengehen; es ist Nacht, — doch er sitzt in der Sofaecke und denkt an jenes Erlebnis — — —

Es war in einer herrlichen Sommernacht, als er von einer fröhlichen Kneipe heimkehrte, die ein Kollege aus Anlaß seiner Beförderung veranstaltet hatte. Er hatte den Hut in den Nacken gerückt und schlenderte müden Schrittes dahin.

Der Stadttheil war ihm von Kindheit her wohl bekannt. So schlug er denn mehr aus Gewohnheit als bewußt den richtigen Weg ein. Als er schräg über einen Fahrdamm ging, bemerkte er, daß aus einem vor ihm liegenden schmalen Gäßchen eine Frauengestalt auf ihn zukam. Schon von Weitem sah er ihre weiße Schürze schimmern. In der Hand trug die Gestalt einen Korb, einen solchen, wie ihn die Frauen zum Einholen benutzen.

Die Frauengestalt kam näher. Beim flackernden Scheine einer Gaslaterne glaubte er, ein trauriges, blaßes Gesicht zu erkennen. Auch das schlicht zurückgekämmte Haar fiel ihm auf. Als die Heranschreitende seiner ansichtig wurde, blieb sie stehen, um gleich darauf zögernd weiter zu gehen. Ohne aufzusehen ging sie ganz langsam an ihm vorbei.

Er blieb stehen.

Die Kleine erschien ihm nicht übel. Sollte er den hentigen

Abend mit einem kleinen Erlebnis beschließen? Er hielt sich an der Seite des Mädchens und versuchte, ihm ins Gesicht zu sehen. Dieser unschuldige, ängstliche Blick, mit dem es ihn einen kurzen Augenblick anschaute! Er verwirrte ihn fast. Er zögerte, und war schon im Begriff, sich von dannen zu trollen, als das Mädchen wiederum aufblickte und ihm zulächelte.

Wohl schien es ihm, als koste dies Lächeln große Mühe, aber es veranlaßte ihn doch, sein Heil zu versuchen. Er redete das Mädchen an, sprach von dem schönen Wetter und fragte endlich: „So ganz ohne Begleitung, Fräulein?“

„Ja, leider!“

Die Antwort fiel in einem leisen, gezwungen heiterem Tone, der ihm durch Mark und Bein ging. Er konnte nichts mehr sagen. Ihm war so bekommen zu Muthe, — und er war doch sonst nicht schüchtern! — Schweigend ging er neben dem Mädchen her.

Sie gingen weiter, bogen um eine Ecke, wandten sich noch zweimal nach links und gelangten endlich in dieselbe Gasse, aus der er die Kleine hatte herauskommen sehen.

Hier blickte das Mädchen ängstlich um sich; seine Schritte wurden hastiger. Er blieb unwillkürlich etwas zurück und sah von Weitem, wie die jugendliche Gestalt in einem schmalen Hauseingang verschwand. Er folgte ihr dorthin nach und schaute die dunkle Treppe empor. Sehen konnte er nichts, aber es war ihm, als vernähme er von oben her ein Räuspern. Auf einmal hörte er das Mädchen leise lachen, und dann sagte es: „Na, nu kommt doch, Herr!“

Er tappte die Stufen hinan. Eine Hand erfaßte die seine. Die Hand schien ihm hart, aber sie war klein, — er wußte, daß es die Hand des Mädchens war. Jetzt bemerkte er auch in der Dunkelheit den Körper des Mädchens. „Hier, Herr!“ sagte das Mädchen, zog ihn mit sich fort und öffnete eine Thür. (Schluß folgt.)

Die Gewerkschaftsbewegung tritt dir, einer großen, beistandskräftigen Familie gleich, in mancherlei schweren Fährlichkeiten des Lebens treu schirmend zur Seite. Sie läßt sich angelegen sein, dir lohnenden Erwerb nachzuweisen. Sie verhütet durch ihre Unterstützung, daß du bei Arbeitslosigkeit als hungrige Beschäftigung um jeden Preis suchend von Fabrik zu Werkstatt eilst. In Krankheit steht sie dir helfend bei, und in manch anderer Trübsal noch streckt sie dir rettend, stützend die Hand entgegen. Mit Eifer nimmt sie sich deines Rechtes an, wenn es angetastet wird, und du selbst dich zu schwach fühlst, es zu vertheidigen, weil du unaufgeklärt und arm bist. Sie wacht über die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, welche deine Arbeitskraft ein klein wenig gegen allzu schamlose Auswucherung schützen sollen. Sie kämpft dafür, daß das Gesetz zu deinen Gunsten die kapitalistische Ausbeutungsmacht noch wirksamer zügelt.

Die Gewerkschaft bietet dir aber noch mehr, als die aufgezählten und andere materielle Vortheile, Arbeiterin. Ideelle Güter unschätzbare Art. Sie weckt dich zum Nachdenken über deine Lage und die Mittel, sie zu verbessern. Sie klärt dich auf über die Ursache deiner Leiden und zeigt dir den Weg, der aus dem Elend zum Glück, aus der Knechtschaft zur Freiheit führt. Sie rüstet dich mit Kenntnissen, die für deine Erwerbsarbeit werthvoll sind und strebt danach, die Lücken deiner Allgemeinbildung auszufüllen und dich dadurch geschickter zu machen für die Erfüllung deiner vielfältigen Pflichten, stärker im Kampfe um dein Recht, kühner, klarblickender und ausdauernder im Ringen für deine Freiheit. Sie öffnet dein Auge für die Erkenntnis, daß eine innige Solidarität dich mit Allen verbindet, die in deinem Beruf im Schweiße ihres Angesichtes ihr Brot suchen, mit Allen, die wie du auf irgend einem Gebiete der menschlichen Arbeit ausgebeutet werden und deshalb Leidende sind und Kämpfende sein müssen. Sie schult diese deine Erkenntnis zur opferbereiten That. Sie lehrt dich Unbildung, Unrecht und Unfreiheit hassen und macht dich begehrt nach höherer Kultur. Sie sucht dich in deiner Vereinsamung und zeigt dir, daß du ein gleichberechtigtes Glied in einer Gemeinschaft, in einer Familie von Vielen bist, die mit dir leiden, mit dir sich freuen, die mit dir zusammen streben und kämpfen. Sie bereitet dich durch die Erziehung in dieser Gemeinschaft für deine Aufgaben als Gesellschaftsbürgerin vor.

So bessert die Gewerkschaft deine wirtschaftliche, deine materielle Lage, Arbeiterin; so bildet sie dir Geist und Charakter, verleiht dir Wissen und einen zielklaren, kräftigen Willen und hebt dich zu höherer Kultur empor. Und dadurch, daß sie das thut, mildert sie nicht bloß das Elend, unter dem du jetzt seufzest, sie führt vielmehr auch die Zeit deiner vollen Befreiung in der Zukunft näher. Das aber ist das Ziel, dem du mit flammender Begeisterung zustrebst! Nicht ein Weniger an Ausbeutung und Knechtschaft ist es, das dich befriedigen kann, obgleich du auch dieses Weniger nicht verschmähst, sondern als Mittel zum Zwecke erringen willst und erringen mußt. Das Aufhören jeglicher Ausbeutung und Knechtschaft ist es, das du begehrt. Durch ihre vielseitigen Segnungen aber stärkt die Gewerkschaft dich materiell, stählt sie deine geistige und sittliche Kraft, macht sie dich kampfstüchtiger zum Ringen für deine Befreiung vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung.

Arbeiterin, willst du dein trübes Loos in unseren Tagen etwas lichter gestalten? Willst du dein Brot vertheidigen, deine Gesundheit, deine Menschen- und Frauenwürde, dein Glück, deine Mutterpflicht, dein Recht auf Bildung und reinen, schönen Lebensgenuß? Willst du für künftige Zeiten deinesgleichen volles Menschenthum erringen, eine Gesellschaftsordnung, welche der Arbeit Brot, Bildung und Freiheit sichert, die Recht und Gerechtigkeit für Alle stiftet und die höchste Kultur Jedem spendet, der sich nach ihr sehnt? Hinein denn mit dir in die Gewerkschaft! Auf denn und predige deinen Schwestern der Plage und Sorge den Segen der Organisation.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Bis zur Frauenkonferenz in Mainz 1900 gab es in Deutschland nur in wenigen Orten weibliche Vertrauenspersonen, die die Agitation, so gut sie es vermochten, betrieben. Die Agitation selbst ermangelte der Planmäßigkeit. Die Konferenz schaffte in einem Regulativ einen Wegweiser für die Aufgaben der Vertrauenspersonen. Eine größere Einheitlichkeit in der Agitation war die Folge davon.

Nach einem Aufruf in der „Gleichheit“ erfolgte den Beschlüssen der Konferenz entsprechend die Wahl von Vertrauenspersonen, deren Zahl im Januar 1901 bereits 25 betrug und bis jetzt auf mehr als 50 gestiegen ist.

Die Aufklärungsarbeit unter den Frauen mußte selbstverständlich mit Berücksichtigung unseres buntscheckigen Vereins- und Versamm-

lungsrechts betrieben werden. In den Orten, in denen die Frauen das Recht besitzen, politischen Vereinen als Mitglieder anzugehören, sind die Vertrauenspersonen mit Erfolg bemüht gewesen, diesen Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Die Wahlvereine der drei Hamburger Wahlkreise stehen in erster Reihe mit der stattlichen Anzahl von 902 weiblichen Mitgliedern. In Sachsen zählt der 12. und 13. Wahlkreis 550 politisch organisierte Frauen, der 4., 5. und 6. Wahlkreis 194, während im 22. und 23. Wahlkreis von Ende 1900 bis Ende Juli 1902 die Zahl der organisierten Frauen von 25 auf 180 gestiegen ist.

Um die beschlossene Agitation für den Arbeiterinnenschutz in Fluß zu bringen, erschien ein Aufruf in Nr. 23 der „Gleichheit“ von 1900; die nämliche Nummer veröffentlichte auch die Resolution, in welcher die diesbezüglichen Forderungen der Genossinnen formuliert und begründet sind. Um diese Forderungen den bürgerlichen Parteien des Reichstags zur Kenntniß zu bringen, wurde jedem Mitglied desselben die Resolution in Form einer Petition zugestellt, welche um die gesetzliche Festlegung der geforderten Reformen ersucht.

Sobald die Gefahr des geplanten Zollwuchers festere Gestalt angenommen hatte, traten auch die Genossinnen sofort mit in die Agitation ein. Um den Frauen ärmerer Landestheile, die aus eigenen Mitteln sich nicht politische und soziale Belehrung schaffen können, Aufklärung durch Vorträge zu bringen, wurden Agitationstouren veranstaltet, deren Kosten entweder ganz oder theilweise aus der Kasse der Vertrauensperson der Deutschen Genossinnen gedeckt ward. Im Januar 1901 fand eine Tour im Thüringer Wald statt, die 15 Versammlungen umfaßte; in den elenden Zentren der Spielwaren-, Glasperlen- und Griffelindustrie fielen die Vorträge auf fruchtbaren Boden. Ebenso wurde das arme Schlesien mit einer Agitationstour von 15 Versammlungen bedacht. In der Rheinprovinz wurden 9 Versammlungen, in Sachsen-Altenburg zwei Mal je 4 Versammlungen abgehalten. Im sächsischen Voigtland fanden zwei Touren von 11 und 10 Versammlungen statt. Im Anschluß an eine größere Tour im Elsaß, die die dortige Vertrauensperson der Genossinnen organisiert hatte, sind in Baden mehrere Versammlungen mit gutem Erfolg abgehalten worden. Auch Ostpreußen erhielt gelegentlich der Anwesenheit einer unserer Rednerinnen 4 Versammlungen. Bei den vorstehenden Angaben sind nicht diejenigen Agitationstouren mit einbegriffen, die die Vertrauenspersonen der einzelnen Bezirke und Orte veranstaltet haben, ebenso wenig die sehr zahlreichen Einzelversammlungen, die allerwärts zur Aufklärung der proletarischen Frauen stattgefunden haben. Die Agitation der Genossinnen erstreckte sich sowohl auf den Arbeiterinnenschutz, wie den Lebensmittelwucher; sie knüpfte an die maßlose Kohlentheuerung, die Wohnungsnoth, die Krise und alle Zeitereignisse an. Unsere Forderungen an die Kommune wurden gelegentlich der Behandlung einschlägiger Fragen gebührend berücksichtigt und die Genossinnen bei Stadtverordnetenwahlen zur thatkräftigen Unterstützung des Wahlkampfes aufgerufen. Erfreulicher Weise begannen unsere Ideen auch unter die Proletarierinnen von Gegenden zu dringen, die bis vor Kurzem noch unserer Agitation verschlossen waren. So zeigt sich in verschiedenen Theilen Bayerns eine immer regere Antheilnahme der Frauen an der modernen Arbeiterbewegung.

Beschwerdekommissionen der Genossinnen, die Beschwerden der Arbeiterinnen entgegen nehmen und der Gewerbeinspektion übermitteln, sind außer der in Berlin bestehenden in Leipzig, Dresden und Düsseldorf eingerichtet worden und haben manchen Uebelstand beiseitigen helfen.

Auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung haben die Genossinnen mehr als je geleistet, Werkstuben- und Fabrikzungen, wie öffentliche Agitationsversammlungen in großer Zahl abgehalten.

Die Zahl der Frauenbildungsvereine ist gestiegen; ihre Entwicklung ist im Allgemeinen eine gute. Da aber das Wirken dieser Organisationen im Hinblick auf das Vereinsrecht der Frauen in vielen Bundesstaaten ein streng unpolitisches sein muß, so fällt ein Ueberblick darüber, wie über die fleißige gewerkschaftliche Thätigkeit der Genossinnen außerhalb des Rahmens dieses Berichts.

Die Kommission für Abfassung von Flugblättern gab deren zwei heraus. Das erste behandelte in leicht faßlicher Form unsere Forderungen hinsichtlich des Arbeiterinnenschutzes. Es wurde in einer Auflage von 100 000 gedruckt und an 53 Orten verbreitet. Das zweite Flugblatt, das sich mit den Wucherzöllen beschäftigte, gelangte in 400 000 Exemplaren an 90 Orten zur Vertheilung.

Um die Kenntniß des sozialdemokratischen Programms unter den Frauen zu fördern, wurden eine größere Anzahl davon, wie auch die Erläuterungen dazu angeschafft und den weiblichen Vertrauenspersonen unentgeltlich zugesandt mit dem Anrathen, beides im Kreise von Frauen zu lesen und zu diskutieren.

Als Zeichen der erfreulichen Entwicklung der Frauenbewegung

macht sich ein fortwährendes Steigen des Abonnentenstandes der „Gleichheit“ bemerkbar. Das Bedürfnis nach Agitationsnummern zur Unterstützung der Aktionen unserer Genossinnen unter den Arbeiterinnen bestimmter Gewerbe und bei besonderen Anlässen steigert sich fortwährend. Die Zahl der Proletarierinnen, die für die „Gleichheit“ schriftstellerisch thätig sind, nimmt zu; die Entwicklung manch tüchtiger Kraft wird durch diese Mitarbeit bedeutend gefördert. Die „Gleichheit“, der unsere proletarische Frauenbewegung an erster Stelle die grundsätzliche Klarheit und Reife verdankt, die sie vor der Bewegung der meisten Länder auszeichnet, ist den thätigen Genossinnen unentbehrlich als geistiges Band, als Mittel des Zusammenhaltes, der Belehrung und politischen Schulung.

Die in die Augen springenden Fortschritte unserer Bewegung werden sich bei den im nächsten Jahre in Aussicht stehenden Reichstagswahlen zeigen. An den Erfolgen, welche die Sozialdemokratie dann erringen wird, werden auch die Frauen ihren Antheil haben, ebenso wie sie ihren Antheil an allen erforderlichen Arbeiten leisten werden und geleistet haben.

Zum Schluß eine Uebersicht der vereinnahmten und verausgabten Gelder, die in der „Gleichheit“ im Einzelnen quittirt worden sind. Zwar war es leider nicht möglich, von den eingekommenen Beiträgen der Parteikasse einen Theil zuzuführen, doch haben wir wenigstens die Kosten unserer allgemeinen Agitation selbst gedeckt. Fast überall haben außerdem die Vertrauenspersonen der Genossinnen es verstanden, die Kosten der örtlichen Agitation unter den Frauen aufzubringen, sie haben oft den Parteigenossen beim Sammeln von Geldern zu allgemeinen Parteizwecken geholfen.

Sicher ist mit der größeren Aufklärung auch der Opferrath der Frauen gewachsen. Das bisher Erzielte soll uns ein Ansporn zu unermüdbarer weiterer Thätigkeit sein.

Einnahmen	2900,29 Mk.
Ausgaben	2195,55 Mk.
Bestand	704,74 Mk.

Berlin, Ende Juli 1902.

Ottilie Baader.

Aus der Bewegung.

Weibliche Delegirte zum Münchener Parteitag. An den Arbeiten des letzten sozialdemokratischen Parteitags nahmen folgende 12 Genossinnen Theil: Baader (Reuß j. L.); Braun (Rosenheim in Bayern); Greifenberg (Augsburg); Gregor (Sörlitz); Kähler (16. sächsischer Wahlkreis); Dr. Luxemburg (Posen und Bromberg); Panzeram (Berlin); Thiel (Teltow-Charlottenburg); Behmann (13. sächsischer Wahlkreis); Weyl (Berlin); Zetkin (Mitglied der Kontrollkommission); Zieg (Hamburg). Als Gäste wohnten dem Parteitag die drei österreichischen Genossinnen Popp, Schlesinger und Pohl bei. In der Polendebatte, welche an den Thätigkeitsbericht des Vorstandes anknüpfte, nahm Genossin Luxemburg das Wort und belämpfte scharf jede nationalistische Eigenbrödelei der polnischen Sozialisten. An der „Zeitschriftendebatte“ betheiligte sich Genossin Zetkin und trat für die „Neue Zeit“ ein. Zum Punkte: Parlamentarische Thätigkeit der Partei sprachen die Genossinnen Kähler, Zieg und Zetkin. Erstere befürwortete warm das Eintreten für den gesetzlichen Schutz der Heimarbeit, letztere zwei traten nachdrücklich für den Achtstundentag, beziehungsweise den weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes ein. Die Genossinnen Zieg und Braun begründeten bei den Verhandlungen über die Arbeiterversicherung eindringlich die Ausgestaltung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen. In den Debatten über die bevorstehende Reichstagswahl ergriff Genossin Zetkin das Wort, um die politische Seite des Zollwuchers scharf zu beleuchten und die Nothwendigkeit zu betonen, der reaktionären geistigen Macht des Zentrums die befreiende Kulturmacht des sozialistischen Gedankens in seiner vollen Bedeutung entgegen zu stellen. Der Antrag der Frauentonferenz, das Recht der Genossinnen zur Aufstellung eigener Vertrauenspersonen unzweifelhaft festzustellen, wurde von den Genossinnen Zieg und Zetkin begründet und vertheidigt. Genossin Braun stellte und befürwortete einen Antrag, der forderte, daß Referate über prinzipiell und organisatorisch wichtige Fragen vor dem Parteitag gedruckt und veröffentlicht würden. Die Resolution der Frauentonferenz, die Fleischvertheuerung betreffend, wurde von Genossin Weyl erfolgreich zur Annahme empfohlen. Genossin Greifenberg gehörte als Schriftführerin dem Bureau an, Genossin Thiel war in der Mandatprüfungskommission thätig.

Zuschriften ausländischer Genossinnen an die Konferenz sozialistischer Frauen zu München. Nachstehend die beiden Sym-

pathielundgebungen, welche der Frauentonferenz aus dem Ausland zugegangen sind, und deren herzliche Worte seitens der deutschen Genossinnen ein ebenso herzliches Echo finden werden, wie es in München der Fall war:

Zürich, den 12. September 1902.

An den Sozialistischen Frauentongreß München.

Werthe Genossinnen!

Ihren um Recht und Gleichheit kämpfenden Schwestern Deutschlands entbieten in gleicher Gesinnung die besten Glückwünsche die arbeitenden Frauen und Töchter der Schweiz.

Sie sehen mit Spannung und großer Erwartung dem Resultat Ihrer Verhandlungen entgegen, hoffend und wünschend, diese möchten einen entschiedenen Schritt vorwärts im Interesse unserer gemeinsamen Sache bedeuten und ein neuer Ansporn zu geschlossener, fruchtbringender Weiterarbeit sein.

In diesem Sinne begrüßen wir Sie und sagen noch einmal ein herzliches Glückauf.

Namens der kleinen, aber treuen Zahl unserer Schweizer Genossinnen

Die Präsidentin des „Schweizerischen Arbeiterinnenvereins“:
Frau Willinger.

Die Sekretärin: Frau Conzett.

Brüssel, den 12. September 1902.

An die Konferenz sozialistischer Frauen

München.

Die sozialistischen Frauen Belgiens begrüßen die deutschen Genossinnen und folgen mit großem Interesse den Verhandlungen der Konferenz.

Unsere hiesige Bewegung ist noch jung und unerfahren, und wir betrachten Euch als ältere Schwestern, deren Beispiel wir zu folgen haben; denn Ihr seid uns nicht nur in Erfahrung überlegen, sondern auch an Wissen und Klassenbewußtsein. Ganz besonders interessieren wir uns für die Frage: „Wie bilden wir Agitatorinnen heran?“, die Ihr besprechen werdet. Was uns vielleicht am meisten fehlt, das sind gerade geschulte Agitatorinnen und, im Allgemeinen, Frauen, die fähig wären, die Leitung von Gruppen und Gewerkschaften zu übernehmen. Wir werden deshalb suchen, aus Euren Beschlüssen eine Lehre zu ziehen.

Mit sozialdemokratischem Gruße

Die Schriftführerin der Liga sozialistischer Frauen Belgiens:
Alma Lordeur.

Beschluß der Vertrauensleute von Berlin und Umgegend, betreffend die Thätigkeit der Frau Gubela. Die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend haben im „Vorwärts“ eine Erklärung veröffentlicht, welche besagt, daß sie nach eingehender Berathung zu folgendem einstimmig gefaßten Beschlusse gelangt sind: „Frau Hedwig Gubela, Drantienstr. 186, ist weder würdig noch befähigt, irgend welche öffentliche Thätigkeit in der Partei oder für dieselbe auszuüben.“

Die babylonische Begriffsverwirrung über die Praxis des preussischen Vereinsrechtes, welche der Polizeiminister v. Hammerstein durch seine berühmte „Segmentrede“ offenbar in den Köpfen der Polizeibeamten angerichtet hat, zeitigt immer absonderlichere Blüten. Davon mußte sich neuerlich die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg überzeugen, welche Anfang September im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagte. Kaum war der Gesang verklungen, mit welchem Sonntag Vormittag die Konferenz eingeleitet werden sollte, als der überwachende Polizeileutnant auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes forderte, daß die anwesenden Frauen den Saal verlassen. Diesem Verlangen konnte nicht entsprochen werden, weil die Versammlung selbst noch gar nicht eröffnet war. Trotzdem erklärte der Beamte dieselbe für aufgelöst und forderte die Anwesenden auf, den Versammlungsraum zu verlassen. Er betheiligte dabei nach unserem beschränkten Unterthanenverstand mehr Schneidigkeit und Auslegungsfreudigkeit als Geseßkenntnis. Denn erstens handelte es sich um eine öffentliche Versammlung, an der Frauen unbeanstand theilnehmen können und nicht um eine politische Vereinsversammlung. Zweitens wären nach der Erklärung des Herrn v. Hammerstein die Frauen berechtigt gewesen, im besonderen „Segment“ als Zuhörerinnen auch einer politischen Vereinsversammlung beizuwohnen. Und drittens endlich war die arme, verkannte Versammlung noch gar nicht eröffnet worden. Es wurde denn auch sofort telegraphisch Beschwerde beim Polizeipräsidenten gegen diesen Matten-

*) Wegen Raummangels verspätet.

könig von Irthümern eingelegt. Ein weiteres niedliches Schwänzchen fügte ihm die Polizei in der zweiten angemeldeten Versammlung bei, die Nachmittags eröffnet wurde. Der diese überwachende Polizeileutnant theilte dem Vorsitzenden mit, daß er zwar keine Einwendung gegen die Theilnahme der weiblichen Delegirten erhebe, aber verlange, daß die Zuhörerinnen auf die Tribünen verwiesen würden. Der Beamte faßte also offenbar die Versammlung als ein höchst merkwürdiges Zwitterding von Vereins- und Volksversammlung auf, das seiner wunderbaren Natur entsprechend zwiespältig behandelt werden mußte. Als an einer öffentlichen Versammlung durfte Genossin Thiel als Delegirte aktiv an ihr theilnehmen, als aus einer politischen Vereinsversammlung wurden die passiven Zuhörerinnen in das „Segment“ verwiesen. Die Vormittagsversammlung des Montag verstrich ungestört durch polizeiliche Eingriffe. Das aber vermuthlich nur zu dem „höheren Zwecke“, auf Grund eingehenden Studiums über Text und Praxis des Vereinsgesetzes eine weitere Irrung und Wirrung herauszutüfteln. In der Nachmittagsversammlung mußte nämlich Genossin Thiel nach der Weisung eines neuen Ueberwachenden als Zuhölerin ins „Segment“ auf die Tribüne wandern. Die öffentliche Versammlung hatte sich in der Mittagspause jedenfalls verpuppt und war nun als loser Falter politische Vereinsversammlung ausgebrochen, dem der polizeiliche Amtseifer fröhlich nachjagte. Auf die Entscheidungen in den eingelegten Beschwerden sind wir gespannt. Aber wie immer sie ausfallen mögen, Eins ist grenzenlos: unsere Bewunderung für die Solidität der Polizeihirnlasten, die ohne äußere und innere Schädigung so viel Konfusion aushalten. Zum Glück, daß nur die Ueberwachung sozialdemokratischer Veranstaltungen so hochgradige Anforderungen an Geseßkenntniß und Geseßinterpretation der Beamten stellt. Sollte allen bürgerlichen politischen Veranstaltungen mit dem gleichen Maße gemessen werden, so müßte die übermäßige Strapazierung des Hirnschmalzes binnen kürzester Frist die gesammte Ueberwachungs-polizei ins Narrenhaus führen. Und wir könnten dann Manches erleben. So zum Beispiel, daß ein plötzlich verwirrt gewordener Polizeileutnant eine Unterhaltung zwischen Frau und Herrn von Hammerstein als eine politische Vereinsführung „auslösen“ würde wegen ungesetzlicher Beteiligter einer Frau daran. Oder: daß ein anderes unglückliches Opfer des Vereinsgesetzes Donna Laura, des Reichskanzlers berühmte Schwiegermutter, von einer Plauderei im Salon als aus einer politischen Vereinsversammlung in ein „Segment“ verwiesen, wo ihre Anwesenheit als „Zuhölerin“ gestattet werden könne.

Notizentheil.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren sprach sich, wie wir seiner Zeit berichteten, der schwedische Reichstag aus und das Oberstatthalteramt zu Stockholm hat dem Beschluß zugestimmt. Die Fabrikinspektoren traten nun kürzlich in Norrköpping zu einer Konferenz zusammen, die sich mit der Frage beschäftigte und folgendes Resultat zeitigte. Sämmtliche Nedner erklärten sich gegen die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Sie meinten, daß eine Inspektorin ihren Kollegen nicht gewachsen wäre und durch ihr Geschlecht in ihrer Amtsthätigkeit behindert würde. Außerdem habe sich in Schweden noch keine Frau die für den Inspektionsdienst nöthigen technischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen angeeignet. Die Ueberwachung der gesetzlichen Vorschriften für Frauen und Minderjährige sei ein Polizeigeschäft, welches Kraft und Wachsamkeit voraussetze, um die Arbeitgeber zu veranlassen, das Geseß zu respektiren. Die Konferenz faßte schließlich ihre Meinung zu der Frage in einer Resolution zusammen. In derselben heißt es, daß kein Bedürfnis für die Anstellung von Inspektorinnen vorliege, deren Wirkungskreis ebenso umfassend sei, wie derjenige der Inspektoren. Dagegen könne weibliche Arbeitskraft bei der Gewerbeaufsicht vortheilhaft verwendet werden, wenn es sich um die Herbeischaffung statistischen Materials zur Untersuchung der allgemeinen Wirkung industrieller Arbeiten auf Frauen und Minderjährige handle. Solche Erhebungen könnten am besten neben oder in Verbindung mit den jetzt stattfindenden statistischen Untersuchungen in gewissen Industriegruppen vorgenommen werden. Diese Art der Bethätigung von Frauen sei in allen Industriezweigen nothwendig, wo weibliche Arbeitskraft angewendet werde, vor Allem aber in folgenden Industrien: Textil-, Bekleidungs-, Tabak- und Zigarrenindustrie, Zündhölzchenfabrikation, Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation, Porzellanindustrie, Chokolade- und Zuckerfabrikation.

Eine Beschwerdekommision zur Uebermittlung der Klagen von Arbeiterinnen an die Gewerbeinspektion zu Chemnitz

haben die Genossinnen dieses bedeutenden Industriezentrums errichtet. Die Kommission besteht aus den Genossinnen Ida Köhler und Bertha Riemann, und ist gleichzeitig auch mit dem Betreiben einer regen gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen beauftragt. Da es in Chemnitz und seinen Vororten viele Tausende von Arbeiterinnen der Textilindustrie giebt, so steht der Kommission nach jeder Richtung hin ein weites und dankbares Arbeitsfeld offen. Den Chemnitzer Genossinnen und ihren Beauftragten, die sich schon lange Jahre in emsiger, stiller Kleinarbeit bewährt haben, ein herzliches Glückauf zur Arbeit!

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Hungerlöhne und kein Ende. In den Steingut- und Chamottenfabriken zu Colditz verdienen die Arbeiterinnen bei harter Frohn, die — mit Einrechnung der Pausen — von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr dauert, im günstigsten Falle 9 Mark pro Woche. Es liegt auf der Hand, daß diese Entlohnung eine Ernährung, eine Lebenshaltung ausschließt, welche einigermaßen Ersatz für die verausgabten Kräfte, Erholung und Pflege bieten könnte. Die Arbeiterinnen, die für ihre Existenz lediglich auf ihren Verdienst angewiesen sind, vegetiren denn auch jämmerlich dahin. Aber auch viele der Proletarierinnen, die an Mann oder Vater eine „Stütze“ haben, müssen am Hungertuch nagen. Denn wie viel oder richtiger wie wenig verdienen die Männer, die in den genannten Fabriken mit dem Einsetzen der Waaren in die Ofen beschäftigt sind! Sie werden mit Wochenlöhnen von 17 Mark abgespeist, dies aber bei einer Arbeitszeit, die täglich von Morgens 6 bis Nachts 11 Uhr dauert und nach Abzug der nöthigen Pausen pro Woche reichlich 90 Stunden beträgt. Ihr Stundenlohn stellt sich also auf noch nicht 19 Pfennig. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeit eine schwere und gesundheitsschädigende ist. Die niedrigen Löhne, welche die Industrie in Colditz zahlt, erklären sich zum Theil mit aus der Niedrigkeit des Verdienstes, den das ländliche Proletariat der Umgegend erhält. Für landwirtschaftliche Tagelöhnerinnen stellt sich zum Beispiel der übliche Stundenlohn auf 8 bis 9 Pfennig, wofür sie noch für Arbeitsgeräte, wie Rechen, Hacken etc. aufkommen müssen. Auch in den Glashütten von Bischofswerder sind im Allgemeinen die Löhne erbärmlich. Die Zugabe zu ihnen ist — eine miserable Behandlung. Die Noth soll dort sehr häufig die Eltern zwingen, sich in der Nacht von ihren schulpflichtigen Kindern bei der Erwerbsarbeit Hilfe leisten zu lassen. Der Hüttenbesitzer stellt die Kleinen weder ein, noch entlohnt er sie. Er kann sie bequemer und mit geringerer Gefahr eines Risiko den Geseßen gegenüber in seinen Dienst zwingen. Mittels der Hungerpeitsche verwandelt er die Eltern in die Antreiber ihres eigenen Fleisches und Blutes. Eine „göttliche“ und „sittliche“ Weltordnung, nicht wahr, welche die Eltern aus Schützern und Erziehern ihrer Kinder zu Werkzeugen ihrer kapitalistischen Ausbeutung macht! Die Gewerbeinspektion ist auf die himmelschreienden Zustände aufmerksam gemacht worden. Ob das wohl etwas nützt? Der Gewerbeinspektion geht es wie den Nürnbergern: sie hängt keinen, sie hätte ihn denn. Und oft hält es sehr schwer, die kapitalistischen Geseßbrecher auf der That zu ertappen. Das spricht gewiß nicht für die Werthlosigkeit der Gewerbeaufsicht, wohl aber für die Nothwendigkeit, ihre Thätigkeit durch das Wirken einer starken Gewerkschaftsorganisation zu ergänzen und zu unterstützen.

W. K.

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Eine Bewegung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Berliner Wäschereien und Plättereien hat der „Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krautwattenbranche“ neuerlich eingeleitet. Es fanden zwei öffentliche Versammlungen statt, die überwiegend von Inhabern und Inhaberrinnen kleiner Plättereien besucht waren, während sich die eigentlichen Plätterinnen nur in verhältnißmäßig geringer Zahl eingefunden hatten. Die Referentinnen, Genossin Jhrer und Litz, entrollten ein düsteres Bild von den allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Wäschereien und Plättereien. Sie verwiesen darauf, daß vor circa zwei Jahren eine Bewegung in Fluß gekommen war, die zum besseren gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter der Branche führte und nicht unerhebliche Erfolge errang. Die Erregenschaften sind heute zum größten Theile wieder verloren, weil die Plätterinnen und Wäscherinnen ihrer Organisation nach und nach den Rücken gekehrt haben. Dem Verein gehören jetzt nur gegen 600 Mitglieder an. So sind die Zustände fast noch schlechter geworden als vorher und verlangen dringend Abhilfe. Soll solche ge-

bracht werden, so ist vor allem ein festerer Anschluß der Arbeiterinnen an die Organisation nötig. An der ungewöhnlich regen und lebhaften Diskussion beteiligten sich viele kleine Plättstubenbesitzer. Sie machten geltend, daß die Arbeitsbedingungen hauptsächlich durch den außerordentlich schwierigen Konkurrenzkampf verschlechtert würden, den sie gegen die großen Dampfwaschanstalten kämpfen müßten, sowie durch die Indifferenz der Arbeiterinnen selbst. Den großen Dampfwaschereien müßten zunächst bessere Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden, die dann ihre Rückwirkung auf die Verhältnisse in den kleinen Betrieben nicht verfehlen würden. Was insbesondere die lange Arbeitszeit anbelange, so werde dieselbe vielfach durch die Gewohnheit der Arbeiterfamilien verursacht, ihre Wäsche erst in den letzten Wochentagen einzuliefern. Die Versammlung beschloß, in nächster Zeit einen gemeinsamen, planmäßigen Kampf der Arbeiterinnen und kleinen Plättstubeninhaber gegen die Dampfwaschanstalten. Es soll baldigst eine gemischte Kommission gewählt werden, welche das Weitere in der Sache zu veranlassen hat. Des Weiteren sollen Aufrufe die gesammte Arbeiterschaft auffordern, ihre Wäsche in den ersten Tagen der Woche in den Wäschereien einzuliefern.

Vereinsrecht der Frauen.

Die Schönheiten des preussischen Vereinsrechts bekam kürzlich die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zu kosten, die in Köln tagte. Fräulein Helene Simon sollte hier einen Vortrag über die Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen halten. Der Polizeipräsident untersagte denselben jedoch auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Des Weiteren wurde verfügt, daß Frauen nur in dem berühmten „Segment“ der Generalversammlung bewohnen durften. Der Vorsitzende der Generalversammlung, Herr von Berlepsch, bemerkte dazu: „Wir haben uns dieser Anordnung selbstverständlich zu fügen, ja wir müssen anerkennen, daß sie sich völlig innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewegt.“ Diese Äußerung legt die Frage nahe: Warum hat man, wenn man die „gesetzlichen Grenzen“ so „völlig“ kannte, Frln. Simon zum Referat aufgefordert? Offenbar weil die leitenden Herren des Vereins zusammen mit „der völligen“ Kenntniß der „gesetzlichen Grenzen“ die Hoffnung auf die oft bewiesene „Koulanz“ der Behörden „staats-treuen“ Veranstaltungen gegenüber im stillverschwiegenen Busen trugen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Behörden dem Verein für Sozialpolitik das herzlich unverdiente Kompliment zudachten, ihn für ebenso „staatsgefährlich“ zu halten, als eine x-beliebige sozialdemokratische Organisation. So scheint mithin, daß sie sich zu jener Praxis des einerlei Rechts entschlossen haben, die auch den bürgerlich gutgesinnten Elementen höchst unbequem werden und sie zu einem Eintreten für die volle Vereinsfreiheit des weiblichen Geschlechts bestimmen muß.

Frauenstimmrecht.

Die Resolution, das Frauenstimmrecht betreffend, welche dem 35. Jahreskongreß der Gewerkschaften Großbritanniens vorlag, ist mit 110 gegen 107 Stimmen abgelehnt worden. Ursache davon ist nicht etwa eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, sondern ein anderer Umstand. Die eingebrachte Resolution forderte für die Frauen das Stimmrecht unter den gleichen Bedingungen, an die kein Besiß für die Männer geknüpft ist und nicht das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen. In England besteht aber zur Zeit kein allgemeines Stimmrecht für die Männer. Deshalb wurde von verschiedenen Rednern geltend gemacht, daß der Antrag nur den Frauen der besitzenden Klassen das Stimmrecht verleihen, einen großen Theil der Proletarierinnen nach wie vor rechtlos lassen wolle. Eine Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen unter den geltenden Bedingungen werde thatsächlich mehr politische Macht in die Hände der Reichen als in die der Armen legen. Da die Geschäftsordnung des Kongresses nicht eine Abänderung der Resolution zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes für Männer und Frauen zuließ, fiel die Abstimmung wie oben gemeldet aus. Sie bedeutet mithin keine Niederlage der Forderung, wohl aber eine Ablehnung jener bürgerlich frauenrechtlerischen Auffassung, welche die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter unter dem engen Gesichtswinkel der Klasseninteressen bürgerlicher Damen betrachtet.

Ueber die Einführung des Frauenstimmrechtes in Neu-Südwales will die Regierung der Kolonie noch ein Referendum der Frauen entscheiden lassen, nachdem sich beide gesetzgebende Körperschaften für die Reform ausgesprochen haben.

Frauenbewegung.

Die fünfte Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine findet vom 4. bis 7. Oktober in Wiesbaden statt. In den öffentlichen Konferenzen der Kommissionen für Arbeiterrinnenschutz, Bekämpfung des Alkoholismus und Erziehungsfragen werden folgende Themata behandelt: „Schutz der Konfektionsarbeiterinnen“; „Der Erlass des preussischen Kultusministers, betreffend Schule und Alkoholismus“; „Belehrung über die geschlechtlichen Verhältnisse in Schule und Haus“. Für drei öffentliche Abendversammlungen sind nachstehende Vorträge mit anschließender Diskussion angelegt: 1. a) „Die ethische Bedeutung der wissenschaftlichen Bildung.“ b) „Die Reform der höheren Mädchenschule.“ 2. a) „Die wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution.“ b) „Die Gefährdung der Jugend und das Fürsorge-(Erziehungs-)Gesetz.“ 3. a) „Das Vereins- und Versammlungsrecht.“ b) „Die Politik und die Frauen.“

Als Assistentenärztinnen an verschiedenen amerikanischen Hospitälern für Frauen und Kinder wurden fünf von den acht Medizinerinnen angestellt, die als Studentinnen des Ontario Medical College for Women kürzlich ihr Doktorexamen bestanden.

Vier weibliche Mitglieder des Aufsichtsraths der Staatsuniversität von Illinois wurden kürzlich erwählt. Zwei der Damen sind Hochschullehrerinnen, je eine von ihnen gehört der republikanischen und der demokratischen Partei an.

Dienstbotenfrage.

Ein Gesetzentwurf zu einem Dienstbotengesetz in Norwegen ist entsprechend einem Beschluß des Storting vom Sommer 1899 von einem beauftragten Komitee ausgearbeitet und nun dem Ministerium überreicht worden. Der Gesetzentwurf umfaßt 26 Paragraphen und enthält unter Anderem folgende Bestimmungen: Die Herrschaft hat den Dienstboten eine ausreichende Freizeit zu gewähren, damit diese den Gottesdienst besuchen, ihre eigenen Arbeiten besorgen und an erlaubten Vergnügungen theilnehmen können. Wenn nichts Anderes vereinbart wurde, so hat jeder Dienstbote Anspruch auf eine zusammenhängende Freizeit von mindestens sieben Tagen für jedes Jahr, in welchem er bei derselben Herrschaft dient. Den Zeitpunkt dieser Ferien bestimmt die Herrschaft. Während der Ferien haben die Dienstboten ein Anrecht auf den vollen Lohn, nicht aber auf Kostgeld, sofern sie ihre Freizeit außerhalb des Hauses ihrer Herrschaft verbringen. — Das Komitee ist der Ansicht, es sei zwar unmöglich, Arbeitszeit und Freizeiten der Dienstboten durch das Gesetz genau im Einzelnen zu regeln, jedoch müsse eine gewisse Ferienzeit gesetzlich festgelegt werden. Die Schlafräume der Dienenden müssen den Anforderungen entsprechen, die aus gesundheitlichen und sittlichen Rücksichten zu stellen sind. Jeder Dienstbote kann ein eigenes Bett verlangen; männliche und weibliche Dienstboten dürfen keinen gemeinsamen Schlafraum haben. (Das neue Strafgesetzbuch belegt übrigens schon Herrschaften mit Strafe, die männliches und weibliches Dienstpersonal in gemeinsamen Schlafzimmern unterbringen.) Bei Erkrankung eines Dienstboten ist die Herrschaft bis zu vier Wochen versorgungspflichtig, wenn es sich nicht um eine selbstverschuldete oder venerische Krankheit handelt. Die gesetzliche Kündigungsfrist wird, von besonderen Vereinbarungen abgesehen, auf zwei Monate festgesetzt. Kein Zweifel, daß der Gesetzentwurf noch nicht den berechtigten Anforderungen der Dienstboten entspricht, daß er sie insbesondere immer noch unter ein Ausnahmerecht stellt, statt ihnen gleiche Rechte mit den gewerblichen Arbeitern einzuräumen. Immerhin muß jedoch anerkannt werden, daß der Gesetzentwurf, zumal an dem Gesinderecht gemessen, das in den meisten deutschen Bundesstaaten gilt, etliche nicht unwesentliche Verbesserungen bringt. Wie mancher guten deutschen Hausfrau werden sich nicht die falschen Böcken vor Entsetzen sträuben, daß den Dienstboten auf 365 Tage der Hausfrohn eine Sklavenraft von einer Woche gewährt werden, daß ihr Schlafraum den gesundheitlichen Ansprüchen genügen muß. Mag die Brave sich beruhigen! Deutschland ist noch so ungemildert das Land der „Zucht und frommen Sitte“, daß auch so bescheidene Maßregeln zu Gunsten der Dienstboten wie in Norwegen bei uns nicht in absehbarer Zeit „drohen“ dürften.

Zur Beachtung.

Alle auf die Agitation unter den proletarischen Frauen bezüglichen Briefe und Sendungen sind zu richten an:

Otilie Baader

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands
Berlin SW., Bellealliancestr. 95, Hof, III Tr.